



Sitzung vom

19. Juni 2012

Mitgeteilt den

20. Juni 2012

Protokoll Nr.

582

## **Richtplanung Graubünden**

### **Anpassung des kantonalen Richtplans zum Agglomerationsprogramm Chur der zweiten Generation**

Für die Agglomeration Chur wurde das Agglomerationsprogramm überarbeitet. Gemäss Terminologie des Bundes liegt damit nun ein „Agglomerationsprogramm der zweiten Generation“ vor. Die Genehmigung des Agglomerationsprogramms durch den Bund erfordert auch eine Anpassung des kantonalen Richtplans. Die Kenntnisnahme und Verabschiedung des Agglomerationsprogramms zuhanden des Bundes erfolgt in einem separaten, zeitlich und inhaltlich koordinierten Regierungsbeschluss.

#### **1. Agglomerationspolitik des Bundes und Ziele der Richtplananpassung**

Der Perimeter von Agglomerationen wird durch die Erfüllung von statistischen Kriterien des Bundesamtes für Statistik im Rahmen der Volkszählung definiert (BfS-Perimeter). In diesem Perimeter sind Bundesunterstützungen bis zu 50% für den Bau von Verkehrsinfrastrukturen möglich (Art. 17 Bundesgesetz über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer, MinVG). Der BfS-Perimeter für die Agglomeration Chur umfasst gemäss Volkszählung 2000 die Gemeinden Rhäzüns, Bonaduz, Trin, Tamins, Domat/Ems, Felsberg, Chur, Haldenstein, Trimmis, Untervaz, Zizers, Landquart und Malans.

Voraussetzung für die Gewährung von Bundesmitteln ist die Vorlage eines Agglomerationsprogramms, das der koordinierten Entwicklung in der Agglomeration dient. In Art. 17c MinVG wird weiter festgehalten, dass:

- a) die geplanten Projekte in eine Gesamtverkehrsplanung eingebunden und mit den übergeordneten Verkehrsnetzen und der Siedlungsentwicklung gemäss kantonalen Richtplänen abgestimmt sind;
- b) die geplanten Projekte mit den kantonalen Richtplänen übereinstimmen.

Eine grossräumige behördenverbindliche Siedlungs- und Verkehrskonzeption ist eine der grundlegenden Aufgabenstellungen der überörtlichen Planung. Mit der vorliegenden Richtplananpassung werden drei Ziele verfolgt:

- die Schaffung eines behördenverbindlichen Rahmens für die Umsetzung des Agglomerationsprogramms
- die Einbettung des Agglomerationsprogramms in ein Gesamtverkehrskonzept
- die Abstimmung der übergeordneten Siedlungs- und Verkehrsentwicklung.

## **2. Formelles**

Der Richtplanentwurf wurde vom 26. April bis 28. Mai 2012 öffentlich aufgelegt (Art. 7 KRVO). Gleichzeitig erfolgte die Vernehmlassung in der kantonalen Verwaltung und bei den Nachbarn. Da lediglich ein bereits bestehendes Agglomerationsprogramm überarbeitet wurde, konnte auf eine Zwischenbeurteilung bzw. Vorprüfung beim Bund verzichtet werden. Aus der öffentlichen Auflage und der Vernehmlassung ergaben sich insgesamt 17 Stellungnahmen. Die Behandlung der eingegangenen Einwände ist in einem separaten, diesem Beschluss beiliegenden Bericht dargestellt.

In formeller Hinsicht sind die Voraussetzungen für die Anpassung des kantonalen Richtplans erfüllt.

## **3. Dokumente**

Die Beschlussvorlage zur vorliegenden Anpassung des kantonalen Richtplans trägt das Datum vom 8. Juni 2012. Sie beinhaltet:

- Im Kapitel 5 „Siedlung und Ausstattung“ des kantonalen Richtplans: Ersatz der Unterkapitel 5.2 „Agglomerationsprogramme“ und 5.2.1 „Agglomeration Chur“.
- Im Kapitel 6 „Verkehr“ des kantonalen Richtplans: Ersatz der Unterkapitel 6.2 „Agglomerationsverkehr/Agglomerationsprogramme“ und 6.2.1 „Agglomeration Chur“.
- Die Ergänzung der räumlichen Festlegungen (Objektlisten) des kantonalen Richtplans mit den neuen Objekten des Agglomerationsprogramms. Die neuen Objekte werden nach der Beschlussfassung/Genehmigung in die Richtplankarte aufgenommen.

Die Grundlage für die Richtplananpassung bildet das Agglomerationsprogramm, welches in der gleichen Regierungssitzung beschlossen wird.

#### **4. Inhalt der Richtplananpassung**

Die neuen Kapitel im Bereich Siedlung und Ausstattung enthalten ein Zukunftsbild Siedlung und Landschaft der Agglomeration Chur. Darin werden die Zentrenstruktur, die Entwicklungsschwerpunkte und die Gebiete mit einem erhöhten Koordinationsbedarf bezüglich Siedlungs- und Verkehrsentwicklung ebenso räumlich festgelegt wie Erholungsgebiete, Siedlungstrenngürtel und Flächen in der Ebene, die in erster Priorität für die Landwirtschaft freizuhalten sind. Das neue Kapitel 5.2.1 des Richtplans enthält Grundsätze zur Siedlungsentwicklung nach innen. Ferner enthält es Anweisungen für die Koordination von bedeutenden Vorhaben mit regionaler oder überregionaler Auswirkung.

Die neuen Kapitel im Bereich Verkehr enthalten ein Verkehrskonzept, bestehend aus Grundsätzen und einem Zukunftsbild Verkehr für die Agglomeration Chur. Das Konzept zeigt auf, wo und wie die äussere Erschliessung der Agglomeration zu verbessern ist, wo und wie der öffentliche Regionalverkehr zu optimieren ist, wo und wie die Intermodalität zu verbessern ist, welche Engpässe umfassend zu beheben sind und wo die Langsamverkehrsverbindungen auszubauen sind. Das neue Kapitel 6.2.1 enthält ferner Anweisungen für die Koordination von bedeutenden Vorhaben mit re-

gionaler oder überregionaler Auswirkung. Zudem werden die Verantwortlichkeiten für die Umsetzung der Verkehrsmassnahmen definiert.

Die Massnahmen des Agglomerationsprogrammes werden, soweit sie nicht bereits Bestandteil des Richtplans waren, als räumliche Festlegungen (Objektlisten) in den Richtplan aufgenommen.

## **5. Materielle Erwägungen**

Aus der öffentlichen Auflage und den Vernehmlassungen (Gemeinden, Private, Dienststellen der Verwaltung) ergeben sich keine Einwendungen, die dem Erlass des Richtplans entgegenstehen würden; lediglich kleinere Anpassungen sind in die Beschlussvorlage eingeflossen.

Bei der Prüfung des Agglomerationsprogramms der ersten Generation hat der Bund in einem Prüfbericht vom 30. Oktober 2009 folgende Kritikpunkte angebracht:

- Die Massnahmen im Bereich Siedlung seien zu wenig griffig,
- die Verkehrsmassnahmen seien noch zu einseitig auf den motorisierten Individualverkehr und den Veloverkehr ausgerichtet, während Massnahmen zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs und des Fussverkehrs noch zu wenig berücksichtigt werden.
- Die Massnahmen seien noch zu sehr auf die Stadt Chur konzentriert, während Massnahmen ausserhalb von Chur nur im Langsamverkehr vorkommen.

Diese Kritikpunkte wurden bei der Überarbeitung des Agglomerationsprogramms wie folgt berücksichtigt:

- Im Bereich Siedlung enthält das Agglomerationsprogramm nicht nur, wie bis anhin, Grundsätze für die nachgelagerten Planungen, sondern es löst direkt Massnahmen für eine verstärkte Siedlungsentwicklung nach innen aus, namentlich für eine dichtere Nutzung der Arbeitsstandorte, für eine differenzierte Verdichtung der bestehenden Siedlungen und für eine verstärkte Abstimmung von Siedlungsentwicklung und Verkehr. Damit wird das Agglomerationsprogramm im Bereich Siedlung insgesamt wirksamer.

- Die Schwachstellen im Verkehrssystem wurden für die ganze Agglomeration untersucht. Gestützt darauf wurden auch Massnahmen in Landquart und Domat/Ems erarbeitet. Die Langsamverkehrsmassnahmen sind über die ganze Agglomeration verteilt. Damit wird der zu starken Konzentration auf Chur entgegengewirkt. Allerdings sind weiterhin am meisten Massnahmen in Chur vorgesehen, was aber aufgrund der vorhandenen Schwachstellen erklärbar ist.
- Beim öffentlichen Verkehr sind Massnahmen für die Beschleunigung des Busverkehrs, neue Buslinien sowie die Verbesserung der Zugänglichkeit der RhB-Stationen vorgesehen.

Damit ist eine Weiterentwicklung des Agglomerationsprogramms erfolgt, so dass die Anforderungen des Bundes an das Agglomerationsprogramm als erfüllt betrachtet werden können.

Auf Antrag des Departementes für Volkswirtschaft und Soziales und gestützt auf Art. 14 Abs. 2 KRG

**beschliesst die Regierung:**

1. Die durch das Agglomerationsprogramm Chur der zweiten Generation bedingte Anpassung des kantonalen Richtplans RIP2000 in den Bereichen Siedlung und Verkehr (Vorlage vom 8. Juni 2012) wird beschlossen und für die Behörden des Kantons Graubünden als verbindlich erklärt.
2. Die Regierung nimmt den „Bericht über die Einwendungen“ vom 6. Juni 2012 zur Kenntnis.
3. Das Departement für Volkswirtschaft und Soziales wird beauftragt, die vorliegende Anpassung des RIP2000 dem Bund zur Genehmigung zu unterbreiten.

4. Das Amt für Raumentwicklung wird beauftragt, die Öffentlichkeit über die Richtplan-Anpassung zu orientieren und den Richtplan im Internet entsprechend dem vorliegenden Beschluss nachzuführen.
5. Das Amt für Raumentwicklung wird beauftragt, die im Anhang aufgeführten Adressaten mit dem vorliegenden Regierungsbeschluss sowie mit der Anpassung des Richtplans zu dokumentieren.
6. Mitteilung an:
  - Amt für Raumentwicklung (elektronisch)
  - Standeskanzlei
  - Departement für Volkswirtschaft und Soziales (2-fach, samt Unterlagen).



Namens der Regierung  
Die Präsidentin:

Barbara Janom Steiner

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen

### Mitteilung und Dokumentation durch das ARE

	Regierungs- beschluss	Richtplan- dokumente
Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement	1	-
Amt für Energie und Verkehr	1	1
Tiefbauamt	1	1
Regionalverband Herrschaft / 5 Dörfer	1	1
Regionalverband Nordbünden	1	1
Gemeinde Bonaduz	1	1
Gemeinde Domat/Ems	1	1
Gemeinde Felsberg	1	1
Gemeinde Fläsch	1	1
Gemeinde Haldenstein	1	1
Gemeinde Jenins	1	1
Gemeinde Landquart	1	1
Gemeinde Malans	1	1
Gemeinde Rhäzüns	1	1
Gemeinde Tamins	1	1
Gemeinde Trimmis	1	1
Gemeinde Trin	1	1
Gemeinde Untervaz	1	1
Gemeinde Zizers	1	1
Stadt Chur	1	1
Stadt Maienfeld	1	1
Standeskanzlei	1	1
Amt für Raumentwicklung Graubünden	3	3